

14. Wahlperiode

Beschlussempfehlung und Bericht

des Finanzausschusses

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 13. Juni 2008
– Drucksache 14/2882**

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;
hier: Denkschrift 2007 des Rechnungshofs zur Landeshaus-
haltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haus-
haltsjahr 2005 (Nr. 13)
– Ableitung und Behandlung von Straßenoberflächen-
wasser**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 13. Juni 2008 – Drucksache
14/2882 – Kenntnis zu nehmen.

10. 07. 2008

Die Berichterstatterin:

Ursula Lazarus

Der Vorsitzende:

Ingo Rust

Bericht

Der Finanzausschuss beriet die Mitteilung Drucksache 14/2882 in seiner
28. Sitzung am 10. Juli 2008.

Der Berichterstatter für den Finanzausschuss betonte, die Landesregierung
berichte, dass das „Handbuch zur Ableitung und Behandlung von Straßen-
oberflächenwasser“ zur Arbeitsunterlage „Technische Regeln zur Ableitung
und Behandlung von Straßenoberflächenwasser“ weiterentwickelt worden
sei. Dies begrüße er sehr. Allerdings gehe aus dem Bericht nicht hervor, wie
nach diesen Regeln den vom Rechnungshof aufgegriffenen Belangen der
Ökologie und der Wirtschaftlichkeit konkret entsprochen werde. Dazu bitte

Ausgegeben: 21. 07. 2008

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

er noch um Aufklärung. Im Übrigen empfehle er, von der Mitteilung der Landesregierung Kenntnis zu nehmen.

Ein Abgeordneter der CDU trug vor, die Bemerkungen des Rechnungshofs hätten zu einer Reihe von Aktivitäten geführt. So seien Vorschriften erlassen worden und den Beteiligten vor Ort in genügendem Umfang Informationen zugegangen. Damit sei den Anliegen des Rechnungshofs einschließlich der Belange der Ökologie und der Wirtschaftlichkeit Rechnung getragen worden. Die CDU könne sich insofern mit dem Bericht der Landesregierung einverstanden erklären und die Angelegenheit als erledigt betrachten.

Ein Abgeordneter der SPD führte an, seine Fraktion schließe sich dieser Haltung an. Jedoch seien mit dem Denkschriftbeitrag bestimmte Zielvorgaben und politische Inhalte verbunden gewesen. Daher bitte er noch um Auskunft, inwieweit der Rechnungshof den Beratungsgegenstand ebenfalls als erledigt ansehe.

Ein Vertreter des Rechnungshofs gab bekannt, mit der neuen Verwaltungsvorschrift Straßenoberflächenwasser würden die vom Rechnungshof angeregten Einzelpunkte voll umgesetzt. Als vorbildlich betrachte der Rechnungshof auch die vorgesehenen Schulungen der zuständigen Behörden vor Ort. Somit sei davon auszugehen, dass in Zukunft auch eine wesentliche Forderung des Rechnungshofs, die sich auf die Kommunikation zwischen den beteiligten Verwaltungseinheiten bezogen habe, erfüllt werde.

Ein Vertreter des Innenministeriums bekräftigte, die Landesregierung habe die Anregungen des Rechnungshofs Punkt für Punkt aufgegriffen und sie letztlich auch im Sinne der Ökologie umgesetzt.

Ohne Widerspruch fasste der Ausschuss die Beschlussempfehlung an das Plenum, von der Mitteilung Drucksache 14/2882 Kenntnis zu nehmen.

19. 07. 2008

Ursula Lazarus